

# PRESSEMITTEILUNG

Berlin | 12. Januar 2023

## Studie ermittelt für 2023 Rekord-Wohnungsdefizit: Über 700.000 Wohnungen fehlen **Um neue Sozialwohnungsnot zu bremsen: Sondervermögen von 50 Mrd. Euro gefordert**

Ein Bündnis aus Mieterbund, Baugewerkschaft, Sozial- und Branchen-Verbänden der Bauwirtschaft hat heute vor einer „neuen und in ihrer Dimension beängstigenden Sozialwohnungsnot“ in diesem Jahr gewarnt. Hintergrund ist eine Wohnungsbau-Studie, die das Verbändebündnis „Soziales Wohnen“ beim Pestel-Institut (Hannover) und beim Bauforschungsinstitut ARGE (Kiel) in Auftrag gegeben hat. Als Reaktion auf die Ergebnisse der Untersuchung fordert das Bündnis den Bund und die Länder zu einer gemeinsamen „Sozialwohnungsbau-Offensive“ auf. Der Staat müsse dringend ein Sondervermögen „Soziales Wohnen“ schaffen. Erforderlich seien hierfür in einem ersten Schritt 50 Milliarden Euro bis zum Jahr 2025.

Nur so könne es gelingen, bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode den Neubau von 380.000 Sozialwohnungen noch zu schaffen, so das Bündnis „Soziales Wohnen“. Nach einem „gescheiterten Sozialwohnungsbau-Jahr 2022“, in dem nur rund 20.000 Sozialwohnungen neu gebaut wurden, würde die Ampel-Koalition damit ihr Versprechen von 400.000 neuen Sozialwohnungen überhaupt noch halten können. Dazu notwendig sei allerdings, dass der Bund – auf der Grundlage seiner Finanzierungsvereinbarung mit den Ländern – den Großteil des Sondervermögens bereitstelle: Er müsse gut Dreiviertel der Summe – nämlich mindestens 38,5 Milliarden Euro – aufbringen. Und das möglichst rasch. Ziel des Sonderfonds müsse es sein, „den zu erwartenden Kollaps auf dem sozialen Wohnungsmarkt abzuwenden“, erklärte das Bündnis „Soziales Wohnen“ am Donnerstagmorgen auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Das Bündnis verfolgt das Ziel, den sozialen Wohnungsbau deutlich zu beleben. Die Maßgabe dabei: „Vorfahrt für den sozialen Wohnungsbau“. Denn es komme jetzt darauf an, zu verhindern, dass der Neubau von Sozialwohnungen „im Krisenjahr 2023 völlig auf der Strecke bleibt“. Deshalb fordert das Bündnis auch die Absenkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent für den sozialen Wohnungsbau. Ebenso eine deutlich raschere Bearbeitung von Förderanträgen. Hier müsse dringend ein „Bürokratiebeschleuniger“ eingebaut werden. Vorbild dabei sei das Land Schleswig-Holstein, wo die Bearbeitung eines Förderantrags für den Bau von Sozialwohnungen in der Regel nicht länger als vier Wochen dauere.

Darüber hinaus sollen Baurecht und Bebauungspläne den sozialen Wohnungsbau künftig stärker in den Fokus rücken: Ziel müsse es sei, den Bau von Sozialwohnungen deutlich zu erleichtern. Hierzu soll auch ein Sonderprogramm beitragen, das ein Switchen vom regulären Mietwohnungsbau zum sozialen Wohnungsbau unterstützt: Aus geplanten, aber noch nicht fertig gebauten Wohnhäusern sollen dabei geförderte Sozialwohnungen entstehen. Damit soll der Trend gestoppt werden, dass Bauprojekte in der Krise aus finanziellen Gründen immer häufiger komplett auf Eis gelegt werden. Und es müsse bundesweit in allen Kommunen „Wohn-Härtefallkommissionen“ geben. Diese würden dann, so das Bündnis, über ein 10-Prozent-Kontingent der zu vergebenen Sozialwohnungen entscheiden und gezielt benachteiligte Bevölkerungsgruppen bei der Wohnungsvergabe berücksichtigen.

### Studien-Koordination

Deutsche Gesellschaft  
für Mauerwerks- und  
Wohnungsbau | DGfM  
Dr. Ronald Rast  
DGfM-Geschäftsführer  
Kochstraße 6-7  
10969 Berlin

### Presse-Kontakt

Linda Bidner  
Tel.: 030 / 28 87 99 93  
Fax: 030 / 28 87 99 55  
E-Mail:  
[Linda.Bidner@Bauen-und-Wohnen-in-Deutschland.de](mailto:Linda.Bidner@Bauen-und-Wohnen-in-Deutschland.de)  
[www.impulse-](http://www.impulse-)

### STUDIE



ARGE // eV  
Arbeitsgemeinschaft  
für zeitgemäßes Bauen e.V.

### BÜNDNIS

DMB DEUTSCHER MIETERBUND



### **Aktuelle Studie: „Bauen und Wohnen in der Krise“**

Auf der Pressekonferenz stellte das Bündnis eine neue Wohnungsbau-Studie vor: „Bauen und Wohnen in der Krise“ – so der Titel der Untersuchung des Pestel-Instituts (Hannover) und des schleswig-holsteinischen Bauforschungsinstituts ARGE (Kiel). Im Fokus dabei: eine Krisen-Prognose für den sozialen Wohnungsmarkt in diesem Jahr. „Das Urteil der Wissenschaftler ist ein ‚Alarmruf Wohnungsnot‘ an die Politik“, so das Bündnis „Soziales Wohnen“, das die Studie in Auftrag gegeben hatte.

### **Rekord-Wohnungsmangel**

Das Pestel-Institut geht von einer erheblichen Zunahme der Bevölkerung aus: Für das vergangene Jahr ergebe die Bilanz der Zu- und Abwanderung ein Plus von rund 1,5 Millionen Menschen, die zusätzlich in Deutschland leben (Wanderungsgewinn). „Wir haben damit eine absolute Rekord-Zuwanderung – mehr als im bisherigen Rekord-Flüchtlingsjahr 2015. Die Lage spitzt sich dramatisch zu. Denn wer nach Deutschland flüchtet und bleibt, ist auf den sozialen Wohnungsmarkt angewiesen. Oder anders gesagt: Wir habend bereits jetzt einen Rekord-Wohnungsmangel: mit über 700.000 fehlenden Wohnungen das größte Wohnungsdefizit seit mehr als zwanzig Jahren. Bei den bezahlbaren Wohnungen wird das ohnehin schon massive Versorgungsloch immer größer; bei den Sozialwohnungen ist es längst ein Krater“, sagt Matthias Günther. Der Leiter des Pestel-Instituts spricht von einem „neuen Notstand beim Wohnen“.

### **Förderung auf völlig neue Füße stellen**

Für das Pestel-Institut ist klar: „Das wohnungsbaupolitische Ziel der Bundesregierung, pro Jahr 400.000 Wohnungen – jede Vierte davon eine Sozialwohnung – neu zu bauen, ist gut kalkuliert“, so Günther. Allerdings müssten sich Bund und Länder beeilen, mehr Neubau möglich zu machen: In der Inflation, mit steigenden Zinsen, veränderten Energie- und Rohstoffmärkten, eingeschränkten Produktions- und Produktangeboten werde es höchste Zeit, dass der Staat neue Rahmenbedingungen schaffe, um den Wohnungsbau – und hier insbesondere den Bau von Sozialwohnungen – zu unterstützen.

„Die Förderung für den sozialen Wohnungsbau muss auf völlig neue Füße gestellt werden, wenn sie einen Effekt haben soll. Hier rächt sich, dass der Staat den Bau von Sozialwohnungen seit Jahren extrem vernachlässigt hat. So bitter es ist, jetzt gilt: Wer zu spät fördert, zahlt drauf“, sagt Prof. Dietmar Walberg.

### **„Dramatischer Kostensprung“: Kein frei finanzierter Mietwohnungsbau möglich**

Der ARGE-Institutsleiter nennt dazu aktuelle Baukosten, die sein Institut ermittelt hat: „Der Neubau einer Mietwohnung kostet in einer Großstadt heute im Schnitt nahezu 3.980 Euro pro Quadratmeter. Dazu kommen noch einmal umgelegte Kosten von gut 880 Euro für das Grundstück. Zusammen macht das fast 4.900 Euro für einen Quadratmeter Wohnfläche im Mietwohnungsbau. Damit haben wir uns deutlich aus dem Bereich geschossen, der den freifinanzierten Neubau überhaupt noch möglich macht.“

In den letzten zwanzig Jahren habe es beim Wohnungsneubau einen „dramatischen Kostensprung“ gegeben. Bis zur Mitte dieses Jahres werden die Kosten beim Neubau mit einer Steigerung von 148 Prozent nahezu zweieinhalb Mal so hoch sein wie noch im Jahr 2000, so die Prognose von Prof. Walberg.

### **Je nach „Klima-Gewissen“: Sozialwohnungen kosten Staat zwischen 12,6 und 14,9 Mrd.**

Vor allem mit Blick auf die aktuelle Kostenentwicklung müsse der Staat jetzt reagieren, fordert das Bündnis „Soziales Wohnen“. Pestel-Institutsleiter Matthias Günther hat dazu die Berechnung gemacht: „Die notwendige staatliche Subvention für den Neubau einer durchschnittlichen Sozialwohnung von 60 Quadratmetern liegt bei 126.000 Euro, wenn nach den aktuell geltenden Energiespar-Standards gebaut wird.“ Um sein Ziel von 100.000 neuen Sozialwohnungen zu erreichen, müsse der Staat diese also mit 12,6 Milliarden Euro pro Jahr fördern.

Entscheidend sei grundsätzlich, wie viel der Klimaschutz dem Staat beim Neubau wert sei. Vor allem der Bund, aber auch die Länder müssten ansonsten auch bereit sein, noch tiefer in die Tasche zu greifen: So mache der maximale Klimaschutz bei Wohngebäuden (Effizienzhaus 40) sogar eine staatliche Förderung von 14,9 Milliarden Euro pro Jahr erforderlich.

Damit kommen die Wissenschaftler vom Hannoveraner Pestel-Institut und von der ARGE in Kiel zu dem Ergebnis, dass der Staat für das vom Bündnis „Soziales Wohnen“ geforderte Sondervermögen für den noch notwendigen Neubau von 380.000 Sozialwohnungen bis 2025 – und damit für das Ampel-Ziel beim sozialen Wohnungsbau – ein Volumen von 50 Milliarden Euro bereitstellen müsste.

### **1:10-Chance auf eine Sozialwohnung – Tendenz: fallend**

Das Geld sei dringend notwendig und gut investiert. Denn auf dem Wohnungsmarkt spiele sich schon jetzt ein „soziales Drama“ ab, so das Bündnis „Soziales Wohnen“. Mehr als 11 Millionen Mieterhaushalte hätten in Deutschland einen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS) – und damit auf eine Sozialwohnung. Aber nur für jeden Zehnten davon gebe es eine Sozialwohnung. Das sei eine „bittere 1:10-Chance – Tendenz: fallend“. In den letzten Jahrzehnten sei „bei den Sozialwohnungen vieles ins Rutschen gekommen“: Ende der 1980er-Jahre habe es noch rund vier Millionen Sozialwohnungen gegeben – allein im Westen. Heute seien es bundesweit nur noch rund 1,1 Millionen. Während im Jahr 1987 auf 100 Mieterhaushalte 25 Sozialwohnungen kamen, ist diese Zahl aktuell auf fünf zurückgegangen.

### **Länder-Ranking: Hamburg ist „Musterland des sozialen Wohnungsbaus“**

„Die Ampel muss in ihrem ersten Regierungsjahr hinnehmen, dass wohl nur jede fünfte politisch gewollte Sozialwohnung gebaut wurde. Dass sie 80.000 versprochene Sozialwohnungen in 2021 also schuldig geblieben ist“, so Matthias Günther. Die Länder sieht der Wissenschaftler allerdings auch in der Pflicht: Hier habe es eine „sehr unterschiedliche Bereitschaft und Unterstützung“ bei der Förderung des Neubaus von Sozialwohnungen gegeben. „Spitzenreiter und damit Musterland des sozialen Wohnungsbaus ist unbestritten Hamburg. Es folgen – immer bezogen auf die von den Ländern investierten Fördergelder – Bayern, Schleswig-Holstein, Berlin und Baden-Württemberg. Schlusslicht im Länder-Ranking ist das Saarland. Davor rangieren Bremen auf dem vorletzten und Mecklenburg-Vorpommern auf dem drittletzten Platz“, sagt Günther.

In dem Bündnis „Soziales Wohnen“ haben sich der Deutsche Mieterbund (DMB), die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zusammengeschlossen. Bündnispartner sind darüber hinaus die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) als Dachverband der Mauersteinindustrie sowie der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB).

Mehr Informationen zur Studie „Bauen und Wohnen in der Krise“ unter: [www.bauen-und-wohnen-in-deutschland.de](http://www.bauen-und-wohnen-in-deutschland.de)

# Statements

## der Partner im Bündnis „Soziales Wohnen“

>>

### Kein Bauarbeiter darf nach Hause geschickt werden

Neubau, Umbau von Gewerbe – vor allem Büroraum – zu Wohnungen und Dach-Aufstockung: Mehr Sozialwohnungen und mehr bezahlbare Wohnungen verhindern, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter zuspitzt. Hier geht es um einen äußerst sensiblen Punkt, der den sozialen Frieden in der Gesellschaft enorm und akut gefährdet: um das Wohnen – um das Dach über dem Kopf.

Einen Fehler dürfen wir jetzt nicht machen: Wir dürfen keine Bauarbeiter nach Hause schicken. Ansonsten erleben wir den „Gastro-Effekt“: Wer einmal – wie in den Pandemie-Lockdowns in der Gastronomie – geht, der ist weg. Der kommt, wenn man ihn wieder braucht, auch nicht zurück.

Die in den letzten Jahren mühsam aufgebauten Kapazitäten am Bau – über 235.000 Bauarbeiter in den vergangenen 5 Jahren – ist eine unschätzbar wertvolle Ressource. Die darf – auch in der Krise – nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Denn letztlich sind Bauarbeiter die Garanten für mehr Wohnungsbau. Nur mit ihnen hat der Staat überhaupt die Chance, die Wohnungskrise in den Griff zu bekommen.

Allen voran sind jetzt kommunale, genossenschaftliche und kirchliche Wohnungsgesellschaften gefordert, neue Wohnungen zu bauen: Sozialwohnungen und bezahlbare Wohnungen. Und der Staat muss alles tun, dass Wohnungsgesellschaften bauen können und wollen.

**Harald Schaum | Stellvertretender Bundesvorsitzender**  
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

>>

### Deutschland braucht wieder neuen Mut, neu zu bauen – Aber: Der Bau funktioniert nicht auf Knopfdruck – er braucht Perspektive

Der Staat muss – gerade jetzt in der Krise – bei der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum deutlich nachlegen. Die Bundesregierung muss alles daransetzen, den Bau in der Krise am Laufen zu halten.

Neubau – Umbau – Aufstockung: Der Wohnungsbau ist ein zentraler Motor der Binnenkonjunktur. Schon deshalb muss die Devise sein: Weg mit den Hürden im Baurecht. Pragmatisch rangehen und gucken, was wirklich an Vorschriften nötig ist.

Bund und Länder müssen jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, damit es auf dem Bau weiterläuft: Intensiver fördern und das Bauen deutlich erleichtern. Neubau und Umbau müssen wesentlich schlanker gemacht werden, was Vorschriften und Auflagen angeht.

Deutschland braucht wieder neuen Mut, neu zu bauen.

Das Material dazu ist jedenfalls da: Der Baustoffmarkt kann liefern – alle Produkte sind am Markt. Von einem Baustau durch Lieferengpässe kann keine Rede mehr sein.

Das Gegenteil droht eher zum Problem zu werden: Lässt der Staat es jetzt zu, dass der Bau in diesem Jahr eine Talsohle durchmacht, dann werden Investoren Projekte nicht realisieren, dann werden Bauunternehmen Kapazitäten anpassen müssen und in der Folge auch Baustoffhersteller Produktionen reduzieren. Die Kapazitäten, die dabei verlorengehen, werden mittel- bis längerfristig fehlen. Schlimmstenfalls gehen sie auf Dauer verloren.

Der Bau funktioniert nicht auf Knopfdruck. Man kann ihn nicht beliebig an- und wieder ausschalten. Den Bau erst herunter- und dann wieder flott hochfahren – das klappt nicht. Denn Manpower und Produktionskapazitäten bauen sich nur langsam, mühsam und kostenintensiv auf. Der Bau braucht deshalb Kontinuität und Perspektive. Das muss die Politik vor Augen haben. Daher muss sie jetzt – zu Beginn des Krisenjahres 2023 – neue Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau setzen.

**Katharina Metzger | Präsidentin**

Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB)

>>

**Kurzarbeit, Entlassungen und Investitionszurückhaltung drohen –  
Wohnungsbau braucht zum Jahresstart 2023 einen „Doppel-Wumms“**

Seit Jahresmitte 2022 brechen die Baugenehmigungen im Wohnungsbau ein. Zuerst waren die privaten Bauherren betroffen. In der Schere von einerseits ansteigenden Lebenshaltungskosten und andererseits steigenden Bau- und Zinskosten mussten viele ihren Traum vom Eigenheim schon zurückstellen oder gar begraben. Bereits im September lagen die Baugenehmigungen in diesem Bereich 16 Prozent unter dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Das ist leider ein klares Signal für das neue Geschäftsjahr 2023 im Wohnungsbau. Nun sind im vierten Quartal 2022 auch die Baugenehmigungen für mehrgeschossige und größere Wohnungsbauprojekte eingebrochen und scheinen von Monat zu Monat weiter unter das Vorjahresniveau zurückzufallen.

Viele Experten gehen davon aus, dass ein rasanter Abschwung der Wohnungsbautätigkeit spätestens im zweiten Halbjahr 2023 beginnt. Und wenn die Politik handwerklich weiter einen Fehler nach dem anderen macht und die drastischen Signale aus dem Bereich der öffentlichen, institutionellen und privaten Bauherren überhört, wird es ein böses Erwachen geben.

Sollte die Baukonjunktur im Geschäftsjahr 2023 in eine scharfe Rezession übergehen, wird den Unternehmen entlang der Prozesskette Bau nichts anderes übrigbleiben, als mit Kurzarbeit, Entlassungen und Investitionszurückhaltung zu reagieren. Müssen Fachkräfte entlang der Prozesskette Bau durch eine Rezession aber einmal freigesetzt werden, besteht wie bei der Gastronomie in Folge von Corona die Gefahr, dass diese Fachkräfte in andere Wirtschaftszweige abwandern und nicht zurückkommen. Das wäre dann für die Zukunft die eigentliche Katastrophe. Denn an der Bedarfsorientierung von 400.000 Wohnungsneubauten pro Jahr – davon 100.000 Sozialwohnungen – hat sich nichts geändert. Ganz im Gegenteil – die Einwanderungen in Folge des Ukraine-Krieges haben bereits die Zahlen aus dem Jahr 2015 deutlich überschritten.

Deshalb muss die Politik auch mit Blick auf den Wohnungsbau – um in der Kanzlersprache zu bleiben – am besten mit einem „Doppel-Wumms“ zum Jahresbeginn reagieren. Das sollte ein Mix aus einem stattlich zweistelligen Sondervermögen in Milliardenhöhe zur Förderung des Wohnungsbaus, gepaart mit einem pragmatischen Steuerpaket aus Herabsetzung der Mehrwertsteuer für den Sozialwohnungsbau und weiteren Superabschreibungen sein! Es sollte so auch pragmatisch gelingen, aus dem Bauüberhang so viele Wohnungsbaugenehmigungen wie möglich für den Neubau von Sozialmietwohnungen zu erhalten bzw. ohne große bürokratische Hürden umzuwandeln. Anders ist im Wohnungsbau eine Entwicklung in eine extreme Baurezession mit allen Langfristfolgen nicht mehr zu verhindern.

**Dr. Hannes Zapf | Vorsitzender**

Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM)

>>



### Wohnungskrise zügig anpacken – Neubau nur noch mit Preisbindung

Die Wohnkostenkrise in Deutschland spitzt sich immer mehr zu. Die Entlastungen der Bundesregierung reichen für viele Mieterinnen und Mieter nicht aus und kommen oftmals zu spät. Zugleich brechen die Neubauzahlen dramatisch ein. Bereits 2021 wurden weniger als 300.000 Wohnungen fertiggestellt. Für 2022 und 2023 sehen die Prognosen noch düsterer aus. 2022 rechnet die Wohnungswirtschaft mit 260.000 bis 280.000 Wohnungen und für 2023 mit weniger als 250.000, ein Bruchteil davon werden bezahlbare Mietwohnungen sein. Der Druck auf den Mietwohnungsmarkt steigt gerade enorm: Die Angebotsmieten sind allein im dritten Quartal um knapp 6 Prozent gestiegen, in manchen Regionen sogar um mehr als 10 Prozent. Dieser Trend wird sich auch in diesem Jahr weiter fortsetzen, denn die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum ist ungebrochen.

Die Bundesregierung muss jetzt handeln anstatt weiter Zeit zu verlieren. Die Vorschläge zur Beschleunigung des sozialen Wohnungsbaus müssen zeitnah umgesetzt werden. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit gehört ebenso dazu wie der verstärkte Ankauf von Miet- und Belegungsbindungen, Neubau allein wird es nicht mehr richten. Dafür muss der Bestand an öffentlichen Wohnungen, das heißt Wohnungen im Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen, deutlich erhöht werden, um im Mietwohnungsmarkt ein dauerhaft preisgebundenes und bezahlbares Segment zu etablieren.

**Lukas Siebenkotten | Präsident**  
Deutscher Mieterbund (DMB)



### Mit den Sozialwohnungen steht und fällt der Arbeitsmarkt: Denn wo sollen Arbeitskräfte aus dem Ausland wohnen?

Wir haben eine fatale Doppel-Mangel-Situation: In Deutschland treffen Wohnungsmangel und Arbeitskräftemangel aufeinander. Allein bis 2035 werden ohne Zuwanderung rund 4,5 Millionen Kräfte auf dem Arbeitsmarkt fehlen. Wir sind künftig auf 300.000 bis 500.000 Menschen angewiesen, die pro Jahr zu uns kommen. Aber wo sollen sie wohnen?

Egal, wie ausgeklügelt das Punktesystem ist, mit dem Deutschland Fachkräfte aus dem Ausland anwerben will: Es wird keiner kommen, wenn er nicht wohnen kann. Mit dem Wohnen steht und fällt der Arbeitsmarkt. Genauer gesagt: Das Angebot an sozialen und bezahlbaren Wohnungen entscheidet darüber, wie es mit Deutschland wirtschaftlich weitergeht. Und auch darüber, wie gut die Betreuung und die Pflege in Deutschland sein werden: Menschen mit Behinderung und ältere Menschen – alle, die Unterstützung und die Pflege brauchen, sind darauf angewiesen, dass die, die sie unterstützen sollen, auch wohnen können.

Es geht vor allem aber auch um Menschen mit Behinderung: Sie haben ohnehin jetzt schon keine Chance, eine Wohnung zu finden. Sie werden auf dem Wohnungsmarkt diskriminiert. Menschen mit Behinderung und benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind vom Wohnungsmarkt quasi ausgeschlossen. Deshalb auch die klare Forderung: Wir brauchen ein 10-Prozent-Kontingent bei den Sozialwohnungen – wir brauchen eine feste „Sozial-Quote“. Benachteiligte Menschen müssen endlich wieder eine Chance bekommen, auf dem Wohnungsmarkt Fuß zu fassen: Jede zehnte barrierearme Sozialwohnung, die vergeben wird, soll deshalb gezielt Menschen mit Behinderung angeboten werden.

Die Politik fährt im Wohnungsbau seit Jahren auf Sicht. Wir brauchen eine Zeitenwende, um aus der Sackgasse im sozialen Wohnungsbau herauszukommen. Soziale Unternehmen wie die Caritas brauchen Zugang zu bezahlbaren kommunalen Grundstücken. Es muss Förderprogramme geben, um Wohnraum für Menschen mit Behinderung und für sozial benachteiligte Menschen zu schaffen.

**Janina Bessenich | Geschäftsführerin**  
Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie (CBP)

